

20. Mai 2025

PRESSEMITTEILUNG

Vorstoß der Familienministerin: Familienpflegegeld setzt falsche Anreize

Ein Lohnersatz für pflegende Angehörige ist gut gemeint, führt aber ökonomisch und gesellschaftlich in die falsche Richtung. Der Arbeitgeberverband Pflege (AGVP) warnt vor den Folgen für die Wirtschaft und für die Gleichstellung von Frauen.

Dazu erklärt AGVP-Präsident Thomas Greiner: „Der Vorstoß der Familienministerin für ein Familienpflegegeld setzt falsche Anreize: Er belohnt den Ausstieg aus dem Erwerbsleben und entzieht unserer Wirtschaft dringend benötigte Fachkräfte. Betroffen wären vor allem Frauen, denn meistens sind sie es, die sich zuhause um die Pflegebedürftigen kümmern – schon jetzt sind rund zwei Drittel der pflegenden Angehörigen Frauen.“

Das Familienpflegegeld schadet der Wirtschaft, zementiert veraltete Rollenbilder und vergrößert den Gender-Pay-Gap. Statt hochqualifizierte Frauen in neue Abhängigkeiten zu bringen, brauchen wir weniger Bürokratie, flexible Pflegeangebote und verlässlich verfügbare Pflegeplätze. Die Bundesregierung muss eine stabile und professionelle Pflege-Infrastruktur ermöglichen, nicht Angehörige aus dem Arbeitsmarkt drängen. Die privaten Pflegeunternehmen stehen bereit, die Bundesregierung bei der Entwicklung einer modernen Pflegepolitik zu unterstützen.“

Für Presseanfragen kontaktieren Sie bitte: Andrea Renatus
Pressebüro Arbeitgeberverband Pflege (AGVP)

Telefon: +49 (0)30 67 80 63 710 Mail: renatus@arbeitgeberverband-pflege.de
Webseite: www.arbeitgeberverband-pflege.de/

Der Arbeitgeberverband Pflege e.V. (AGVP) ist seit 2009 die politische, wirtschaftliche und tarifliche Interessensvertretung von 955 Mitgliedsunternehmen mit rund 80.000 Beschäftigten in der Altenpflege.

Als starkes Bündnis gestaltet der AGVP gemeinsam mit dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) in der für fünf Jahre berufenen Pflegekommission die Arbeitsbedingungen und Löhne für die Altenpflege.